

## **Demonstration am 25.April 2018 vor dem Kieler Landtag**

### **Rede von Susanne Kirchhof**

#### **Mitbestimmung ist nicht verfassungskonform.**

Das ist in Schleswig-Holstein offensichtlich eine akzeptierte juristische Meinung.

Mitbestimmung widerspricht sogar dem Grundgesetz. So sagt es der wissenschaftliche Dienst.

Wir sind dankbar, dass wir in diesem Land Meinungsfreiheit haben, wir sind dankbar, dass wir heute hier demonstrieren dürfen.

Liebe Mitstreiter,

Unsere Volksinitiative „Für die Durchsetzung des Bürgerwillens bei der Regionalplanung Wind“ hat mit knapp 23.000 eingereichten und 19678 für gültig befundenen Unterschriften das erforderliche Quorum nicht erreicht. Selbst wenn das Parlament heute wollte, könnte es die Volksinitiative nicht für zulässig erklären.

Allerdings gibt es da außerdem noch das Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes, der feststellt, dass der Gesetzesentwurf der Volksinitiative den Grundsätzen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates widerspricht.

#### **Mitbestimmung ist nicht verfassungskonform.**

Wir sind heute hier, weil wir Sie, verehrte Regierung und Sie, verehrte Parlamentarier fragen wollen: Was werden Sie nun aus dieser knapp gescheiterten Volksinitiative machen? 300 Stimmen zuviel für ungültig erklärt. Sind 19678 gültige Unterschriften nichts? Nichts? Um das man sich nun nicht mehr kümmern muss?

Es gab da mal einen von der Oppositions-CDU eingebrachten Gesetzesentwurf, der mit einem juristischen Gutachten hinterlegt war. Das Votum der Gemeinde sollte wenigstens Abwägungskriterium werden.

Heute – gut ein Jahr später - ist bei der Regierung-CDU von einem Engagement in diese Richtung nichts mehr festzustellen.

Im neuen Kriterienkatalog finde ich dazu nichts.

Schauen wir mal in den Koalitionsvertrag, ob wir dort etwas dazu finden:

„Wir wollen die Energiewende mit den Menschen umsetzen. (Was ist das überhaupt für eine schreckliche Platitüde?) Wir werden eine unabhängige Clearing-Stelle auf Landesebene für Fragen des Windkraftausbaus einrichten, die bei Konflikten moderiert und vermittelt sowie Bürgerinnen und Bürger und Kommunen berät. (Ach, verehrte FDP – wo ist sie eigentlich, die Clearing-Stelle???) Zudem werden wir erneut prüfen, wie den Gemeinden vor dem Hintergrund des Urteils des

Oberverwaltungsgerichtes Schleswig bei der Ausgestaltung der windenergetischen Nutzung vor Ort, insbesondere bezogen auf die Höhe der Windkraftanlagen und die Abstände zur Wohnbebauung, soweit im gesetzlichen Rahmen vorgesehen, weitere Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden können.“

Was Sie nicht alles wollen. Nur steht nichts davon, dass Sie den Menschen ein echtes Mitspracherecht einräumen wollen.

Sie wollen es nicht. Sie wollen den Menschen vor Ort und den Gemeinden keine Mitbestimmung bei der Regionalplanung geben, weil Sie wissen, dass Herr Minister Habeck dann sein 2 %-Ziel nicht durchbekommt. Und Herr Minister Habeck weiß, dass er Wählerstimmen riskiert, wenn das zu sehr thematisiert wird.

Gerade die Grünen, die sich selbst als die bürgernahen und für Demokratie und alles Edle auf der Welt kämpfenden Gutmenschen definieren, die gerne vorne weg marschieren, wenn es um plakative, weltrettende Ziele geht, schweigen das Thema Windkraft gerade jetzt im Kommunalwahlkampf lieber tot. Sie wissen, dass das in den meisten Dörfern ein ganz heißes Eisen ist, weil die Menschen sich um ihre Selbstbestimmung betrogen fühlen.

Geht es Ihnen, verehrte Grüne, eigentlich um Mitbestimmung der Bürger oder sollen die Bürger nur da mitschreien, wo Sie auch schreien? Sind nur die Menschen, die Ihrer Meinung sind, respektable Menschen?

Stellen Sie fest, dass die Forderung nach Mitbestimmung Ihnen auf einmal auf die eigenen Füße fällt?

Sobald man an der Macht ist, möchte man nur noch Claqueure, keine Kritiker.

Sobald man an der Macht ist, drückt man die Kritiker einfach weg – diejenigen, die sich nicht mit ein bisschen Summ Summ um den Finger wickeln lassen.

Uns wurde vom Energiewendeministerium sogar schon Strafe angedroht.

Haben Sie, Herr Minister Habeck, eigentlich vergessen, dass wir zwar kein Mitbestimmungsrecht, aber wenigstens Meinungsfreiheit haben?

Robert Habeck, wach endlich auf!

Nach der Melodie: „Bruder Jakob“

**Robert Habeck, Robert Habeck**

Schläfst Du noch? Schläfst Du noch?

Hörst Du nicht das Windrad? Hörst Du nicht das Windrad?

II:WUMM WUMM WUMM:II

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Obwohl Sie wissen, dass die Volksinitiative für größere Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern 22.800 gültige Unterschriften hat und sogar im Inhalt offensichtlich nicht verfassungswidrig ist, das Parlament sich also höchstwahrscheinlich sogar auch inhaltlich mit unserer Forderung befassen wird, treten Sie am 26.3. vor die Medien und verkünden, Sie hätten nun beschlossen, die Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung zu erhöhen.

Ganz Toll!

Abstände wurden erhöht. Zu geschlossenen Ortschaften. Nur bei noch unbebauten Flächen. Neues Abwägungskriterium, noch 200 Meter mehr – vielleicht – nach Abwägung – vielleicht auch wieder nicht, nach Klage von Landbesitzern.

Es ist nur ein verschwindend kleiner Teil Fläche, den das überhaupt betrifft. Ein verschwindend kleiner Teil Menschen, der überhaupt irgendetwas davon hat.

Da, wo wirklich Not am Mann ist, in den Außenbereichen, den Splittersiedlungen, da passiert nichts.

Und dann noch das: Als Trost für die geplagten Bewohner der Außenbereiche erklären Sie, dass als zusätzliches Kriterium 3H eingeführt wird.

3H galt auch schon vor der Wahl, weil das sich aus dem Schutz vor optisch bedrängender Wirkung so ergibt.

Herr Ministerpräsident, vor der Wahl haben Sie uns mehr versprochen.

Was war das noch gleich? Man liest es noch heute auf der Homepage der CDU:

„Den Abstand neuer Windkraftanlagen zu Siedlungen werden wir auf 1200 Meter und zu Einzelhäusern auf 500 Meter erhöhen. Falls nötig, werden wir die bisherigen Abstände zu Kulturgütern oder dem Küstenstreifen reduzieren. Für uns haben die Menschen Vorrang.“

Wir haben Sie gewählt. Können Sie sich noch erinnern? Ein junger, weitgehend unbekannter CDU-Mann - auf einmal Spitzenkandidat seiner Partei - sollte innerhalb von 6 Monaten einen Regierungswechsel herbeiführen. Da kam Ihnen die Diskussion um die Regionalplanung Wind gerade Recht. Da konnten Sie auf einmal Stimmen holen, bei Menschen, denen Sie bloß ein bisschen mehr Abstand versprechen mussten. Sie wussten, die Menschen würden Sie sofort dafür wählen.

Erinnern Sie sich? Ihr Vorgänger, Ministerpräsident Albig, hatte sich einen peinlichen verbalen Ausrutscher geleistet und in eine laufende Kamera des ZDF gesagt, man müsse die Menschen zu den Windkraftanlagen zwingen, wenn sie nicht wollen.

Sie, Herr Günther, haben das im Wahlkampf weidlich für sich ausnutzen können, wissen Sie das noch? Bei der Podiumsdiskussion in Eckernförde zum Beispiel nach Steilvorlage von Gegenwind?

Und nun, Herr Ministerpräsident,

haben Sie es wirklich nötig, das klägliche Ergebnis Ihrer nun eingeführten Abstandsvergrößerung damit zu rechtfertigen, dass Sie nicht allein in der Koalition sind? Ist Herr Habeck daran Schuld, dass Sie Ihre Versprechen nicht halten konnten? Ist Herr Habeck daran Schuld, dass Sie mit diesem faulen Ergebnis, das Sie uns da präsentieren noch HINTER dem Kompromiss des Koalitionsvertrags zurückbleiben?

Wir fragen uns: Sie wollten doch größere Abstände für uns, die Menschen vor Ort. Die FDP wollte es angeblich auch. Die Volksinitiative will es auch. Alles zur selben Zeit.

Warum bekommt dann Herr Habeck, was ER will? 2% der Landesfläche für Windkraftanlagen – davon will er nicht abrücken und damit werden realistische größere Abstände zwischen Windfläche und Wohnbebauung unmöglich gemacht.

Der flexible Grüne Energiewendeminister, der nach dem Bündnis mit „Ich werde die Menschen zwingen-Albig“ nun ganz unbefangen mit der ehemaligen Gegenseite koaliert setzt schon wieder autokratische Akzente.

2% Landesfläche für Windkraftanlagen, Herr Ministerpräsident. Das ist keine klimapolitische Notwendigkeit, das ist keine Notwendigkeit, die mit einem ökologischen oder ökonomischen Gemeinwohl zu erklären wäre.

2% der Landesfläche ist eine Prestige-Frage für Herrn Habeck, der über alles diskutiert, aber nicht über die 2% der Landesfläche.

Da stellen wir uns wohl zu Recht die Frage: WARUM?

Dürfen wir daraus jetzt Schlussfolgerungen ableiten, oder bekommen wir dann wieder ein juristisches Schreiben aus dem Umweltministerium mit Strafandrohung?

Hatte der Bundesverband Windenergie nicht damals zu den Koalitionsverhandlungen Herrn Habeck empfohlen, lieber die Koalitionsverhandlungen platzen zu lassen, als das 2% Ziel aufzugeben?

Herr Ministerpräsident, wer führt in dieser Sache eigentlich die Koalition in Wahrheit?

Daniel Günther, wach endlich auf!

**Daniel Günther, Daniel Günther**

Schläfst Du noch? Schläfst Du noch?

Hörst Du nicht das Windrad? Hörst Du nicht das Windrad?

II:WUMM WUMM WUMM:II

Natürlich geht es bei der ganzen Sache, verehrte Regierung, um die Vermeidung von Gesichtsverlust. Das wissen wir.

Uns geht es um die Vermeidung von Schlafstörungen, Verlust der Lebensqualität und Verlust am Eigentum.

Dabei wäre es im letzten Jahr gar nicht schwer gewesen, diesen Gesichtsverlust für alle Beteiligten zu vermeiden.

Der Koalitionsvertrag sagt dazu:

„Wir werden vor der Verabschiedung der neuen Windflächen die Ergebnisse der Infraschall-Messungen des Landes bewerten und ein neues Schallprognoseverfahren in Kraft setzen.“

Das neue Schallprognoseverfahren macht größere Abstände nötig. Und das kommt gar nicht von den unbequemen Gegenwindlern sondern von dem Bund/Länder Arbeitskreis Immissionsschutz.

Kein anderes Bundesland empfindet es als Aufreger, dass Schall von Windkraftanlagen nun richtiger prognostiziert wird als vorher, dass sich daher die immissionsschutzrechtlichen Abstände zu Wohnhäusern erhöhen.

Das ist deshalb so, weil auch kein anderes Bundesland die Windkraftanlagen so massiv dicht den Menschen vor die Haustür geplant hat.

Das war nicht weitsichtig von den Schleswig-Holsteinischen Politikern.

Das war sogar fahrlässig, denn schon seit Jahren zeichnet es sich ab, dass es Probleme mit dem Lärm von Windkraftanlagen geben würde.

Verehrte Parlamentarier, wir wenden uns an Sie, die Volksvertreter.

Sie werden gleich hier im Landtag über unsere zwei Volksinitiativen reden.

Was werden Sie gleich tun, da drinnen?

Sie werden Ihre Rede, die Sie oder Ihre Mitarbeiter schon am Montag geschrieben haben vortragen. Sie werden darin den politischen Gegner schlecht machen, Sie werden die Arbeit der eigenen Partei hochloben, Sie werden sogar den faulsten und peinlichsten Kompromiss als diplomatischen Erfolg verkaufen. Sie werden an der richtigen Stelle klatschen und an der richtigen nicht.

Dann werden Sie abstimmen. Sie werden Ihre Hand heben.

Business as usual.

Für uns ist es nicht Business as usual.

Wir legen Ihnen mit unseren Volksinitiativen zwei sehr wichtige Anliegen vor. Beide verdienen es, dass Sie, als unsere politischen Vertreter diese mit Respekt behandeln.

Vergessen Sie die Forderung nach Mitbestimmung nicht, auch wenn Sie diese Volksinitiative nur für unzulässig erklären können, so ist das Anliegen doch wichtig. Es ist eine demokratische Grundsatzfrage: Ist das begründete Votum einer Gemeinde nichts wert? Auf Grund unseres Grundgesetzes?

Nehmen Sie die Forderung nach größeren und gleichen Abständen für alle Schleswig-Holsteiner ernst. Das ist ein Anliegen, das tatsächlich seine Rechtfertigung im Grundgesetz findet: Artikel 2 Absatz 2: Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Und Artikel 3 Absatz 1: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Alle Menschen haben das Gleiche Anrecht auf den Schutz ihrer Gesundheit, das gleiche Anrecht auf Schlaf und das Anrecht auf gleiche und größere Abstände.

Volksvertreter, wacht endlich auf!

**Volksvertreter, Volksvertreter**

Schlaft Ihr noch? Schlaft Ihr noch?

Hört Ihr nicht das Windrad? Hört Ihr nicht das Windrad?

II:WUMM WUMM WUMM:II